

Ausschussdrucksache

(24.11.25)

Inhalt:

Unaufgeforderte Stellungnahme **Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V.**, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vom 21.11.2025 zur öffentlichen Anhörung am 27.11.2025

hier: Gesetzentwurf der Landesregierung

Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

- Drs. 8/5316 -

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V., LV MV
Landesvorsitzende Friederike Hauffe

Stellungnahme zur geplanten Schulgesetzänderung (§ 4 Absatz 2)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen mit Nachdruck die geplante Änderung des Schulgesetzes, durch die in § 4 ein zusätzlicher Absatz eingefügt wird, der den Demokratieauftrag aller Lehrerinnen und Lehrer sowie des gesamten schulischen Personals klar hervorhebt und verbindlich macht. Besonders positiv ist nicht nur die stärkere Betonung der Bedeutung demokratischer Werte, sondern dass auch das aktive Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausdrücklich eingefordert wird. Damit setzt das Land ein deutliches und dringend notwendiges Zeichen – und erfüllt einen Anspruch, den viele demokratische Politikerinnen und Politiker in den vergangenen Jahren zwar häufig formuliert, jedoch nur selten in konkrete politische Entscheidungen überführt haben.

Mit dieser Gesetzesinitiative wird der weit verbreiteten Fehlannahme widersprochen, Schule müsse ein politisch „neutraler“ Raum sein. Im Gegenteil: Die Schule ist ein zentraler Ort demokratischer Wertebildung. Die Verankerung dieses Auftrags im Gesetz stärkt diese Funktion und gibt Lehrkräften zudem Orientierung und Handlungssicherheit, indem sie ausdrücklich an die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses gebunden werden.

Die zunehmenden Angriffe aus Politik und Gesellschaft auf die politische Bildung an Schulen, wie etwa die völlig unhaltbare Gleichsetzung politischer Bildung in unserem demokratischen Rechtsstaat mit dem Staatsbürgerkundeunterricht der DDR, zeigen eindrücklich, wie notwendig eine unmissverständliche gesetzliche Klarstellung ist. Eine starke, klar formulierte rechtliche Grundlage schützt nicht nur die demokratische Bildungsarbeit, sondern stärkt auch die Position derjenigen, die sie täglich verantwortungsvoll leisten.

Lehrkräfte benötigen solche rechtlichen Rahmenbedingungen ebenso wie unterstützende Schulleitungen und eine verlässliche, beratende Schulaufsicht, die sie gegen Angriffe aus dem antidemokratischen Spektrum schützt und ihnen zur Seite steht. Ebenso wichtig sind geschützte Räume für Erfahrungsaustausch, kollegiale Beratung sowie qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zum professionellen Umgang mit antidemokratischen Haltungen und Verhaltensweisen.

Wir hoffen daher, dass die geplante Schulgesetzänderung ein Auftakt für weitere konsequente und nachhaltige Maßnahmen ist, die die demokratische Bildungsarbeit in unseren Schulen stärken und

fest im Bildungswesen verankern. Mit diesem Schritt zeigt das Bildungsministerium bereits jetzt, dass es bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und klare politische Signale für eine lebendige, widerstandsfähige Demokratie zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. Friederike Hauffe

Landesvorsitzende der DVPB MV